

Sitzungsprotokoll

Gremium	Mitgliederversammlung des Bildungswerk für Kommunalpolitik Hessen e.V. 2024
Datum	07.12.2024
Zeit	10.42 Uhr bis 12.30 Uhr
Ort	MAXI Autohof Mücke (Rittersaal), Gottesrain 2, 35325 Mücke

Versammlungsleitung: Friedel Kopp

Schriftführung: Arnika Lutz

Tagesordnung:

TOP 1.	Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit & Tagesordnung	2
TOP 2.	Bericht des Vorsitzenden mit Aussprache	2
TOP 3.	Bericht des zentralen Bildungsbeauftragten (auch für die Servicestellen Hessen-Nord, -Mitte und -Süd)	3
TOP 4.	Bericht des Schatzmeisters	4
TOP 5.	Bericht der Kassenprüfer für das Geschäftsjahr 2023	4
TOP 6.	Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023	5
TOP 7.	Anträge von Mitgliedern zur Tagesordnung	5
TOP 8.	Informationen zu geplanten kommunalrechtlichen Änderungen mit Blick auf die KW 2026	5
TOP 9.	Verschiedenes	6
TOP 10.	Anlage	7

TOP 1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit & Tagesordnung

Vorsitzender Friedel Kopp eröffnet die Sitzung um 10.42 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder. Die Einladung nebst Tagesordnung wurde fristgerecht am 20.11.2024 digital und in Einzelfällen postalisch übersandt. Änderungs-/ Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht. Diese gilt als genehmigt.

Insgesamt sind 19 stimmberechtigte Mitglieder zur Mitgliederversammlung erschienen. Deren Anwesenheit wurde durch die Anwesenheitsliste dokumentiert. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Vorsitzender Kopp weist darauf hin, dass Änderungen in den Vorständen der Mitgliedsverbände und -gruppierungen der Geschäftsstelle zu melden sind, um eine ordnungsgemäße Einladung auch künftig zu gewährleisten.

Die Mitglieder gedenken dem langjährigen Vorsitzenden des BKH und Geschäftsstellenleiter des BKH Roland Jockel, der zu Beginn dieses Jahres verstorben ist.

TOP 2. Bericht des Vorsitzenden mit Aussprache

Der Bericht des Vorsitzenden schließt an die Entwicklungen seit der letzten Mitgliederversammlung am 18.11.2023 an, in der der Vorstand neu gewählt worden war. Vorsitzender Kopp benennt noch einmal alle gewählten Vorstandsmitglieder namentlich und mit Funktion, ebenso die Servicestellen. Ergänzend berichtet er, dass der Landesverband der FWG-Freien Wähler Hessen e.V. satzungsgemäß einen Beisitzer in den Vorstand entsandt habe – den Landesvorsitzenden Ronald Berg.

Seit der Wahl fand der Vorstand zu fünf Sitzungen zusammen, in der regelhafte Berichte des Geschäftsstellenleiters, des Schatzmeisters sowie der Servicestellenleitungen erfolgten. Überdies befasste sich der Vorstand mit einem Rückblick auf die letztjährige Mitgliederversammlung, Kündigungen, der Neuaufnahme von Mitgliedern und dem Verwendungsnachweis für das Jahr 2023. Auch Themen wie Datenschutz, die Nutzung der Räumlichkeiten der Geschäftsstelle oder die Anschaffung von IT-Ausstattung wurden beraten.

In seinem weiteren Bericht geht Vorsitzender Kopp auf die Mitgliederstruktur des BKH ein (Kreis-/Ortsverbände, andere Gruppierungen) und gibt einen statistischen Überblick über die durchgeführten Bildungsveranstaltungen. Als problematisch habe sich jedoch immer wieder die Suche nach qualifizierten Referentinnen und Referenten erwiesen. Daher bittet Vorsitzender Kopp die Mitglieder, in ihren Orts- und Kreisverbänden bzw. Gruppierungen ein entsprechendes Interesse abzufragen und geeignete Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle zu melden.

Abschließend geht Vorsitzender Kopp in seinem Bericht auf den Förderbescheid 2024 ein, der Ende März vorgelegen hat. Er führt aus, dass sich die aus diesem ergebende Fördersumme aus den förderfähigen Kommunalmandaten errechnet, die dem BKH zuerkannt wurden. Entsprechend wurde nach Vorlage des Förderbescheids dieser auch mit den bestehenden Förderregularien abgeglichen und das Angebot der Bildungsveranstaltungen überdacht und angepasst. Zu dem letzten Punkt wird der zentrale Bildungsbeauftragte Jürgen Reitz in seinem Bericht eingehen.

Vorsitzender Kopp führt aus, dass die Fördersumme sich durch die dem BKH durch das HMdIS zuerkannten Mandate berechne. Aus diesem Grund weist er bereits jetzt darauf hin, dass nach der KW 2026 von einem signifikanten Rückgang der Fördersumme ausgegangen werden

müsse, da die Zurechnung von Mandaten, die in Gemeindevertretungen, Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen, erreicht werden konnten, nach einem neuen Verfahren erfolgen werde: Einerseits habe die Landesvereinigung der Freien Wähler („Partei“) ein eigenes – konkurrierendes – Bildungswerk gegründet, weshalb Mandate, die eine Kreis- bzw. Ortsvereinigung bei der KW 2026 erlange, diesem Partei-Bildungswerk zugerechnet würden. Er sensibilisiert die Mitglieder entsprechend, bei der Aufstellung der Wahllisten darauf zu achten, dass diese vom Kreis- bzw. Ortsverband initiiert seien – nur wenn Mitglieder mit eigenem Wahlvorschlag zur KW 2026 antreten, könnten sie auch Kommunalmandate erreichen; und diese seien wiederum entscheidend für eine Anerkennung als förderfähiges Mitglied des BKH. Und nur dann könne die Betreuung auch nach der KW 2026 durch das BKH sichergestellt werden. Des Weiteren würden künftig auch nicht mehr freie Wählergruppierungen (bspw. Bürger für X o.ä.) automatisch dem BKH zugerechnet. Vielmehr müssten alle Mitglieder eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, aus der hervorgehe, dass sie sich auch nach der KW 2026 dem BKH zugehörig fühlen. Eine entsprechende Erklärung bereite das BKH bereits vor; diese werde im nächsten Jahr an alle Mitglieder übersandt und müsse vom jeweiligen Vorstand förmlich beraten und von der/dem Vorsitzenden unterzeichnet werden.

Aussprache:

In der sich anschließenden Aussprache geht es zentral um die konkurrierende Situation zwischen Freie Wähler-Vereinigung („Partei“) und FWG (Verband).

Vereinzelt erklären Diskutanten, eine Kooperation in den Kommunen und Kreisen sei durchaus möglich, wenn es personelle Überschneidungen von Verantwortlichen in Kreis-/Ortsverband und Kreis-/Ortsvereinigung („Partei“) gebe; dann könne man auch von einer gemeinsamen Listenaufstellung ausgehen. Vorsitzender Kopp merkt hierzu an, dass man dann jedoch entscheiden müsse, ob man als Verband oder Vereinigung antrete – dies wirke sich letztlich auch auf die Zugehörigkeit im BKH aus.

Mehrheitlich fürchten die Diskutanten jedoch eine kämpferische Auseinandersetzung in den Kreisen und Kommunen, da die Landesvereinigung ihrerseits kein Interesse mehr an einer Befriedung der Situation und einer Kooperation auf kommunaler Ebene erkennen lassen. Die sog. „Wetterauer Erklärung“ habe sehr deutlich auf eine Kooperation abgezielt; auch der Landesverband habe hierauf hingewirkt. Die Landesvereinigung habe jedoch deutlich erklärt, sie stehe für Diskussionen nicht zur Verfügung; Zustimmung sei nur zu erwarten gewesen, wenn man die vorgefertigten Beschlüsse der Landesvereinigung akzeptiert hätte. Dies sei von all denjenigen, die erneut eine Kooperationslösung anstrebten, jedoch abgelehnt worden.

TOP 3. Bericht des zentralen Bildungsbeauftragten (auch für die Servicestellen Hessen-Nord, -Mitte und -Süd)

Der zentrale Bildungsbeauftragte Jürgen Reitz lobt eingangs die gute Zusammenarbeit der Servicestellen und stellt deren zentralen Arbeitsschwerpunkt vor.

Auch entwickelten die Servicestellen neue Formate für Bildungsveranstaltungen. So sei in diesem Jahr ein sog. Sprintertag angedacht gewesen, der jedoch aus terminlichen Gründen bislang nicht realisiert werden konnte. Dieser werde nun für das Frühjahr 2025 avisiert.

Zu der bereits vom Vorsitzenden Kopp angesprochen Problematik bezüglich qualifizierter Referentinnen und Referenten ergänzt der zentrale Bildungsbeauftragte Reitz, dass das BKH regelmäßig eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 250,00 € zahle. Für diese Summe könne man jedoch keine externen Referentinnen und Referenten gewinnen. Aus diesem Grund schließt er nicht aus, dass man künftig neue Wege beschreiten müsse. Exemplarisch benennt

er als Möglichkeit eine Kooperation in der Durchführung von Bildungsveranstaltungen, also den Zusammenschluss mehrerer Verbände/Gruppierungen.

Auch seien Veränderungen hinsichtlich der KW 2026 bei den Bildungsveranstaltungen zu erwarten. Hierzu sei bereits eine Abfrage unter den Mitgliedern gestartet, die ihrerseits Themenwünsche für die KW 2026 anmelden könnten.

Abschließend wagt der zentrale Bildungsbeauftragte Reitz einen optimistischen Blick in die Zukunft: So sei die Zahl von Wählergemeinschaften hessenweit signifikant angestiegen. Diese wollten ihre Ziele verwirklichen, fernab von Parteistrukturen und -zwängen. Aus diesem Grund fürchtet er auch keine Übermachtstellung der Freien Wähler-Vereinigung („Partei“) bei der KW 2026.

Zuletzt kündigt er noch an, sein schriftlich vorliegender Bericht werde dem Protokoll angefügt.

Aussprache:

In der sich anschließenden Aussprache wird der zentrale Bildungsbeauftragte beauftragt, seinen Bericht in einem ca. halbseitigen Presseartikel aufzubereiten und lokalen Zeitungen zugänglich zu machen. Auch sollte dieser Bericht auf der Homepage des BKH aufgenommen werden.

Der zentrale Bildungsbeauftragte Reitz sagt dies zu.

Weiter erkundigen sich Mitglieder nach dem Angebot digitaler bzw. hybrider Bildungsveranstaltungen. Der zentrale Bildungsbeauftragte Reitz erklärt, diese stellten eine große Chance dar und würden nachgefragt, jedoch fehle in weiten Teilen das entsprechende technische Know-how. Allerdings solle der eingangs genannte Sprintertag digital bzw. hybrid durchgeführt werden.

Vorsitzender Kopp sichert den Mitgliedern zu, die Servicestellen würden ein entsprechendes Angebot an Online- bzw. Hybrid-Bildungsveranstaltungen aufstellen.

TOP 4. Bericht des Schatzmeisters

Schatzmeister Roger Friedrich erläutert mündlich die insgesamt positive Bilanz der Kassenbestände des Geschäftsjahres 2023. Er führt die einzelnen Positionen auf und berichtet insgesamt von einem positiven Niveau des Kassenbestands zum Jahresende 2023.

Die Kasse 2023 wurde am 29.11.2024 durch die Kassenprüfer Rainer Lizon und Michael Weingärtner geprüft. Ein Protokoll liegt vor. Es gab keine Beanstandungen.

Aussprache:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Volksbank Lahn-Dill eine Software („Vereinsmeister“) kostenfrei anbiete; Kontoführungsgebühren könnten daher künftig entfallen.

Schatzmeister Roger Friedrich sichert zu, dies entsprechend prüfen zu wollen.

TOP 5. Bericht der Kassenprüfer für das Geschäftsjahr 2023

Für die Kassenprüfer berichtet Rainer Lizon. Er habe gemeinsam mit Michael Weingärtner am 29.11.2024 die Kasse geprüft. Der Jahresabschluss 2023 wurde stichprobenartig geprüft und abgeglichen. Es habe keine Beanstandungen gegeben. Sie hätten eine ausführliche und korrekte Kassenführung feststellen können.

TOP 6. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023

Herr Lizon beantragt die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023. Dieser Antrag wird einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen. Die Entlastung ist erteilt.

TOP 7. Anträge von Mitgliedern zur Tagesordnung

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 8. Informationen zu geplanten kommunalrechtlichen Änderungen mit Blick auf die KW 2026

Vorsitzender Kopp gibt einen Überblick über die derzeitige Diskussion zu den geplanten kommunalrechtlichen Änderungen auf Landesebene. Das HMdIS hat einen von der Landesregierung bereits beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften eingebracht. Die erste Lesung im Landtag ist bereits erfolgt; erklärtes Ziel sei, das Gesetz noch im Dezember zu beschließen und zu verkünden. Herr Lizon ergänzt, dass die ansonsten für bestimmte Fristen geltende einjährige Vorlaufzeit bei diesem Entwurf auf sechs Monate verkürzt sei, weshalb Änderungen zur KW 2026 in jedem Fall greifen würden.

Vorsitzender Kopp benennt zentrale Punkte:

- Abschaffung der 1-Personen-Fraktion
- Abschaffung der Zwei-Drittel-Mehrheit für Änderungen der Hauptsatzung hinsichtlich der Absenkung der Zahl der Gemeindevertreter
- mehr digitale Teilhabe und Veröffentlichungsmöglichkeiten (Veröffentlichung von Sitzungsniederschriften im Internet, Livestream, digitale Tagungen für einzelne Gremien)
- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der kommunalen Wahlämter durch Anpassung der Versorgungsregelungen, Einführung einer nicht ruhegehaltstfähigen Zulage von 8% für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte ab der zweiten Amtszeit, Systemwechsel im Bereich der Aufwandsentschädigung von Festbeträgen zu einem dynamischen Betrag in Höhe von 5% des Grundgehaltes
- Aufnahme der Verfahren im Rahmen der Bauleitplanung (mit Ausnahme des verfahrenseinleitenden Beschlusses), Planfeststellungsverfahren und vergleichbare Verfahren mit infrastrukturellen Auswirkungen in den sog. Negativkatalog (d.h. kein Bürgerbegehren mehr möglich)
- Neugestaltung der Beteiligungsrechte von Kindern, Jugendlichen und Senioren
- Änderung des Auszählungsverfahrens nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren
- Streichung von Privatadressen bei der öffentlichen Bekanntmachung von Wahlvorschlägen

Aussprache:

In der sich anschließenden Aussprache wird angeregt, dass im 1. Quartal 2025 Bildungsveranstaltungen zum Auszählungsverfahren nach d'Hondt angeboten werden sollten, da hierdurch Änderungen in der Mandatsverteilung zu erwarten seien.

Zentraler Bildungsbeauftragte Jürgen Reitz sagt zu, dass im 1. Quartal 2025 in der Geschäftsstelle in Gießen eine entsprechende Bildungsveranstaltung als Hybridversion angeboten werden soll.

TOP 9. Verschiedenes
Entfällt.

Vorsitzender Kopp bedankt sich für die Teilnahme und schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

Der Vorsitzende
gez.
Friedel Kopp

Die Schriftführerin
gez.
Arnika Lutz

TOP 10. Anlage

Bericht des zentralen Bildungsbeauftragten (vgl. TOP 3):

Mitgliederversammlung des Bildungswerks für Kommunalpolitik Hessen e.V. (BKH) Samstag, 07.12.2024 in Mücke

Bericht des Zentr. Bildungsbeauftragten sowie der Services-Stellen (Nord, Mitte, Süd)

Mit einem herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit an alle Vorstandskollegen für ihr Engagement und ihren ehrenamtlichen Einsatz und natürlich an dich, lieber Günther, sowie Markus und Christiane, für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Monaten und Jahren, möchte ich beginnen.

Services-Stellen

Im Frühjahr 2019 starteten die Service- Stellen im Bereich Nord (AP Markus Pollok) im Bereich Mitte (AP Jürgen Reitz) und im Bereich Süd (AP Martin Gecks) ihre Arbeit. Ab 01.06.2023 wird die Service-Stelle (Süd) durch Christiane Pesscheck betreut.

Einer der Haupt-Schwerpunkte im Bereich Servicestellen war und ist die Gewinnung von neuen Mitgliedern und Ansprechpartner bei aktuellen bzw. abgelaufenen Bildungsseminaren. Einige neue Mitglieder z.B. Bürger für Maintal, FW Linden kamen hinzu und wurden verstärkt durch die Servicestellen betreut. Des Weiteren sind die Service-Stellen aktiv bei den Abwicklungen der durchgeführten Seminare der Mitglieder eingebunden. Aktuell führen wir durchschnittlich über 100 Seminare in einem Jahr durch. Ein Mitgliederrückgang entstand durch das neue Bildungswerk (FWK) der FW Partei. Dieser konnte aber mittlerweile kompensiert werden.

Bildungsangebote ausbauen

Wir als Service-Stellenleitung sind ständig daran interessiert unsere Bildungsangebote auszubauen und zu erweitern. Informationen über Seminarthemen und den Quartalskalender, der immer wieder aktualisiert wird, findet man auf der BKH Homepage, sowie einige neue Seminaranregungen. In absehbarer Zeit wird der Seminarkalender auf der BKH Homepage komplett überarbeitet, da mittlerweile

einige Referenten nicht mehr zur Verfügung stehen und somit auch das dazugehörige Seminarangebot entfällt.

Die Arbeit in den Service-Stellen läuft sehr gut und wir haben regelmäßige Abstimmungsgespräche, so dass eine überaus gute Vernetzung der Service-Stellenarbeit erfolgt. Mir persönlich macht die Bildungsarbeit mit Markus und Christiane sehr viel Freude und die gegenseitige Unterstützung funktioniert hervorragend.

AUSBLICK :

Das hessische Innenministerium hat für Mandatsträger ein jährliches finanzielles Budget für Seminarschulungen zur Verfügung gestellt.

Die Mandatsträger-Schulungen wurden durch die örtlichen FWG Mitglieder eigenverantwortlich durchgeführt. Für diese eigenverantwortliche **Seminar-Durchführung wurde pro Teilnehmer eine finanzielle Unterstützung gewährt.**

Ein besonderer Wunsch kam 2016 vom hessischen Ministerium an das Bildungswerk. Das Bildungsangebot soll **allen Bürger und Bürgerinnen** für kommunalpolitische Schulungen zur Verfügung stehen. Hierfür wurden die finanziellen Mittel des hessischen Ministeriums ausgeweitet und die BKH Satzung geändert und angepasst.

Folgende Schwerpunkte ergeben sich für das nächste Jahr:

Wir haben eine Umfrage gestartet, um aktuelle Themenwünsche aufzugreifen und Seminare, auch gezielt zur Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026, anzubieten. Hierfür sind wir aktuell auch auf der Suche nach neuen Referenten, um fachkompetente Seminare anbieten zu können.

Ein neues Format als Pilotprojekt wird im Frühjahr gestartet. Unter den Begriff "Sprinter-Seminar -Tag" werden an einem Abend oder Vormittag 3 kurze Seminarthemen angeboten. Somit hat man mit wenig zeitlichem Aufwand einen kleinen Einstieg in ein interessantes Seminarthema. Bei Wunsch kann dann zu einem späteren Zeitpunkt durch ein intensiveres Seminar das Thema vertieft werden.

Ein weiteres Anliegen für uns ist, eine enge Zusammenarbeit mit dem FWG Landesverband Hessen (Gründungsverband und Lizenzgeber) zu erzielen. Hier müssen neue Bildungsseminare für die Freien Wählergemeinschaften angeboten werden. Dies bedeutet auch, dass die FWG Geschäftsstelle in Gießen in Zukunft häufiger als Bildungsveranstaltungsort genutzt werden kann.

Des Weiteren wurde, bedingt durch die Corona Pandemie, angefangen, Bildungsseminare als Online-Veranstaltungen durchzuführen. Hieraus ist der Wunsch entstanden, dass Bildungsseminare als ‚Hybrid-Veranstaltung‘ durchgeführt werden sollen. Dazu wollten wir ein Projektstart in 2024 durchführen. Leider sind Hybrid-Veranstaltung nicht so einfach technisch und organisatorisch umzusetzen. Deshalb haben wir uns entschlossen, vorerst auf einen Projektstart zu verzichten.

Der Hauptschwerpunkte für die Service-Stellen bleibt natürlich die Mitgliederer-
gewinnung, damit unsere finanziellen Fördermittel auch weiter erhalten bleiben.

Im November 2024

Jürgen Reitz, Markus Pollok, Christiane Pescheck